

**PRESSEMITTEILUNG**

Nr. 248 vom 15.12.2011

**Rehabilitationsverfahren von Opfern der SED-Justiz**

**Dombrowski: Verhöhnung der SED-Opfer beenden - Ministerpräsident Platzeck muss handeln**

Dazu erklärt, Dieter Dombrowski, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg:

"Die täterorientierte Fürsorge des Justizministers Schöneburg (Linke) ist eine andauernde und hartnäckige Verhöhnung der SED-Justizopfer. Ministerpräsident Platzeck ist persönlich verantwortlich, dass der Brandenburger das Vertrauen in unsere rechtsstaatlichen Institutionen verliert. Er ist gefordert seiner Richtlinienkompetenz nachzukommen und für eine einheitliche Handhabung der Überprüfung auf Stasivergangenheit im Land Brandenburg zu sorgen."

Ansonsten, so Dombrowski, wird sich Ministerpräsident Platzeck vorhalten lassen müssen, dass er sich vor dem Hintergrund seiner Bürgerrechtserfahrung nunmehr auf die Seite der hartnäckigen Verleugner des SED-Unrechts geschlagen hat.

Dombrowski weiter: "Es ist lediglich verständlich, dass sich ein Dienstherr vor seine Mitarbeiter stellt. Aber die Opfer der SED-Justiz haben mindestens den gleichen Anspruch auf Verständnis und Fürsorge des Staates. Doch Minister Schöneburg muss Richter und Staatsanwälte gemäß der Möglichkeiten des Stasiunterlagengesetzes überprüfen."

**Zum Hintergrund**

Sechs von 13 stasibelastete Richter in Brandenburg waren an der Rehabilitierung von DDR-Opfern beteiligt. Sie hatten Einfluss auf Restitutionsverfahren nach dem Vermögensgesetz sowie Verfahren nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz von DDR-Opfern.

Erst im August wurde bekannt, dass eine noch heute am Sozialgericht tätige Vorsitzende Richterin an DDR-Unrechtsurteilen beteiligt war und ein Staatsanwalt, als IM in der DDR NVA-Soldaten ausspionierte. Zwei Drittel der Brandenburger lehnen ehemalige Stasi-Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung ab (Forsa-Umfrage für die Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 24.11.2011).